

# Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl.: Edl. Staatsamtl. Dresden,  
Hans der Arbeiter, Angehörten  
und Beamten, R.-G., Dresden,  
Gebrüder Kumbach, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hundertw. Nr. 1268, Raben & Comp. hat der Bezahler der Dresdner Volkszeitung seinen Auftrag auf Fortsetzung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementspreis: Die 80 mm breite Monatshefte 35 Pf., die 100 mm breite Monatshefte 40 Pf., für Ausland 45 Pf., u. 2.50 Pf., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienabnahme, Stellen- u. Dienststelle 20 Pf. netto. Für Preisänderung, 10 Pf., Einmalig, 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201, Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr  
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201 u. 12 707, Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags

Abonnementspreis: Die 80 mm breite Monatshefte 35 Pf., die 100 mm breite Monatshefte 40 Pf., für Ausland 45 Pf., u. 2.50 Pf., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif, Familienabnahme, Stellen- u. Dienststelle 20 Pf. netto. Für Preisänderung, 10 Pf., Einmalig, 10 Pf.

Nr. 20

Dresden, Montag, den 25. Januar 1932

43. Jahrgang

## Edener gegen Nationaldemagogen

### Vollentscheid in Danzig

Danzig, 25. Januar. (Sig. Funkpruch.)

Der im Freistaat Danzig durchgeführte Volksentscheid über die Auflösung des Landesparlamentes hat ein Ergebnis von 77 886 Ja-Stimmen gegenüber rund 900 Nein-Stimmen gebracht. Da nach dem Wortlaut der Danziger Verfassung in einem Nationalen Volksentscheid die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet, so ist damit die Auflösung und Neuaufbau des Volkes beschlossen. Die Regierung hat zwar bisher die Beteiligung der Mehrheit der Wahlberechtigten (111 000) für erforderlich gehalten, doch findet diese Auffassung in der vom Völkerbund garantierten Verfassung keine Stütze.

Das Ergebnis des Volksentscheides entspricht bei weitem nicht der Stimmung in der Bevölkerung. Das ist darauf zurückzuführen, daß die herrschenden Parteien, insbesondere die Nationalsozialisten, zu Betrug am Volksentscheid mit allen Mitteln hintertrieben, indem sie Behörden durch zahlreiche Wahlhelferinnen Hilfe leisteten, die sich selbst unter Ausnutzung des Bundesrechts an der Wahlurne eine ungeheure Propaganda gegen die Opposition schufte, die besonders zum Ziele hatte, den Volksentscheid als ein Mandat zugunsten Polens hinzustellen. Dazu kam ein überhöhter Terror, dem besonders die Landbevölkerung ausgesetzt war, so daß die Arbeiterbevölkerung ganzer Ostschlesens nicht an der Wahl, ihr Stimmrecht ausübte. Auch die untere Dienstleistung, Gewerbetreibende und Angestellte, die zum überwiegenden Teil hinter der Sozialdemokratie stehen, wogten an der von den Nationalsozialisten offen angeführten Propaganda nicht zur Abstimmung zu. So fehlen große Teile der sozialdemokratischen Anhänger bei der Abstimmung aus. Allerdings stand diesem Ausfall eine starke Beteiligung der Gewerkschaften gegenüber, die dadurch ihrer Parteileitung für die Durchführung der Agitationen ein deutliches Mißtrauen aussprach. So wurde trotz der gekennzeichneten unzureichenden Umstände die Stimmenzahl der am Volksentscheid teilnehmenden Parteien gegenüber ihren Stimmen bei der letzten Wahl überschritten.

### „Hoffnungslos verfahren“

In einem Artikel in einem schwedischen Blatt beschäftigt sich der bekannte schwedische Nationalökonom Gustav Cassel mit dem Scheitern der Lausanner Konferenz. Die Reparationsfrage sei, so sagte er, hoffnungslos verfahren. Man habe sich bei der Vorbereitung der Konferenz wenig mit der Frage der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands beschäftigt, aber die ebenso wichtige Frage der Zahlungsmittel, ob und wie die Gläubigerländer eigentlich die Möglichkeit hätten, die Zahlungen entgegenzunehmen. Die politischen Machthaber hätten die Warnungen renommierter Nationalökonomien in den Wind geschlagen. Der ganze Gegensatz zwischen den Tributforderungen und der Unmöglichkeit, Zahlungen in normaler Form anzunehmen, habe anfangs durch große deutsche Anleihen überbrückt werden können, als diese aufgehört hätten. Infolge der Goldanhäufung in Frankreich und den Vereinigten Staaten eine Goldverknappung eingetreten, die die ganze Weltwirtschaft in eine Krise hineingezogen habe.

Es ist zweifellos nicht richtig, daß die Weltwirtschaftskrise nur oder auch nur in erster Reihe auf die Reparationen und die Goldverknappung zurückzuführen sei. Der liegt höchstens eine und sicher nicht die wesentliche Ursache der Weltwirtschaftskrise, sondern die wichtigste Ursache die übermäßige Ausdehnung der Produktionsanlagen in den Industrieländern und die zu starke Erweiterung der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion in den Agrarländern sind.

Aber Cassel hat recht, wenn er sagt, daß man sich bei der Forderung der Reparationsfrage in erster Reihe darüber unterhalten müßte, wie die Reparationszahlungen in Zukunft überhaupt möglich gemacht werden können. Leider haben das die führenden Staatsmänner in allen beteiligten Staaten, besonders in Frankreich wie in Deutschland, nicht genügend begriffen. Das würde es z. B. Frankreich nutzen, wenn Deutschland noch so zahlungsfähig wäre, aber die Devisen, die man zur Übertragung der Zahlungen brauchte, einfach nicht zu beschaffen wären. Wenn Brüning's Reparationspolitik ebenfalls nicht wäre, wie sie ungeschickt ist, so würde sie den Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen. Auf diese Weise könnte am ehesten eine Klärung des Reparationsproblems erreicht werden.

### Heberflüssige Briefe

Vielleicht ist Brüning ein sehr überflüssiger Mensch, wahrscheinlich auch ein Politiker von landläufiger Redlichkeit, daß er aber klug oder gar der Kanzler einer großen Zeit — das muß nach allen bisherigen Proben und Leistungen bewiesen werden. Es wäre nichts dagegen zu sagen gewesen, daß er die Augenberger mit der Frage der Präsidentschaftswahl in die Enge zu treiben suchte, aber wie er das machte, das war kein Meisterstück. Wenn er an alle Parteien einen gleichlautenden Brief mit der gleichen Frage geschrieben hätte, so wäre es auch auf diesem Wege für die Augenberger zu dem gleichen peinlichen Endesfest gekommen. Statt dessen bestellte man Hitler sozusagen zur Vorbeispredung. Das mußte mißverständlich, mußte mißdeutet werden.

Und nun hat die Reichsregierung auch noch auf Hitlers Brief geantwortet. In einem Umfange von sieben Schreibeblättern! Was Brüning auf diesen sieben Seiten sagt, ist höflich, wird gelegentlich scharf, wenn er Hitlers parteigegensätzliche Demagogie trifft, bleibt aber farblos und zum Teil auch unrichtig in der Beurteilung des weltwirtschaftlichen Hintergrundes. Wir greifen eine Stelle heraus: Brüning behauptet, der Versailler Vertrag sei „mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnot...“ Diese Behauptung ist eine üble Konzeption an den Nationalismus und gleichzeitig ein Verrat an der politischen Argumentation der eigenen Partei. Das Zentrum ebenso wie die Volkspartei haben oft genug betont, daß die Erfüllungspolitik nicht nur unvermeidlich, sondern für das deutsche Gesamtvermögen auch nicht von der Bedeutung war, daß man daraus wirtschaftliche Katastrophen erklären könne. Die Weltkrisis nun schon gar nicht. Sie ist ein Ergebnis allgemeiner kapitalistischer Mißwirtschaft und vor allem Folge des planlosen Drauflosproduzierens und Drauflosprofitierens der kapitalistischen Weltwirtschaft. Der deutsche Kapitalismus hat an diesem Ergebnis ein so gerichtetes Maß Schuld, daß auch bürgerliche Blätter sich mehrfach gegen die Mißwirtschaft unserer

### Brüning schwach - Edener deutlicher

Großverdiener wenden mußten. Kurt Herr Brüning hat, um der „Nationalen Opposition“ entgegenzukommen, die Weltgeschichte etwas sehr primitiv und dilettantisch ausgelegt.

Es ist schon das, was Brüning in dem Schreiben sagt, ziemlich matt, so bleibt er noch mehr schuldig mit dem, was er nicht sagt. Wenn schon eine Antwort auf das Geschriebe Hitlers — und seines großen Bruders und Quäntors Augenbergs im Hintergrunde — dann müßte es wenigstens eine Abrechnung mit den schlimmsten Kapitalisten sein. Hitler redet von den nationalen Belangen — aber in Söldnertrüben er sie zugunsten seines Götzengötzes Mussolini. Er quasselt etwas von dem Schaden, den die Parteien „des Systems“ im letzten Jahrzehnt angerichtet hätten — aber er schweigt von dem, was Hitler uns allein seit dem 14. September gekostet, und was seine gewissenlose Parteitagitation Deutschland gekostet hat. Der Führer des deutschen Nationalismus schwafelt etwas von moralischen Ansehen, aber über die Bogheimer Dokumente schweigt er und auch darüber, daß er und seine Helfershelfer sich gerade in den letzten Wochen bemüht haben, die Position der deutschen Vertreter in Lausanne schon vorher zu schwächen oder gar unmöglich zu machen. Hier war für den Kanzler eine Gelegenheit, zuzugreifen und darzutun, wie wieder einmal in einem schwierigen Augenblick Deutschlands Interessen von nationalen Schatzkammern verraten wurden. Nein, Brüning hat die Partei um die Präsidentschaftsfrage so anfängerhaft zu Ende gepeilt, wie er sie angefangen hat, und sowohl Hitlers wie Brüning's Brief gehörten zu den durchaus überflüssigen Dingen.

Der Kanzler darf sich ein Beispiel an einem anderen nationalen Heros nehmen, an Dr. Hugo Edener. Der große Redner der Revolutionspartei sprach am Sonnabend abend im Rundfunk über die politischen Forderungen der Stunde, wandte sich gegen das Verhalten der „Natio-

## Achtung! Hier Scheringer u. Co.

Oder: Patentierter Klassenkampf

Was ist proletarische, sozialistische Politik? Früher habe ich das gewußt, seitdem ich aber ab und zu die kommunistische Presse lese, kann ich's nicht mehr genau sagen. Früher dachte ich, die Politik sei proletarisch, die darauf ausgeht, proletarische Interessen zu verteidigen, für die Arbeitermassen sichtbare Vorteile zu sichern. Das ist ein verbreiteter Irrtum der SPD. Täglich können wir in der kommunistischen Presse lesen, daß es sozialistisch ist, die Regierung Brüning zu dulden, um ein faschistisches Kabinett zu verhindern.

Was dagegen sozialistisch proletarisch ist, erläutert man am besten an Beispielen aus der kommunistischen Presse und aus der neueren Geschichte der SPD. Revolutionäre Politik ist es z. B., wenn die Kommunisten mit den „revolutionären Unorganisierten“ eine Einheitsfront gegen die Gewerkschaften zu bilden suchen, aber reaktionär ist es, wenn die Gewerkschaften mit den organisierten, christlichen oder kirchlich-Dunderchen Arbeitern eine Einheitsfront gegen den Faschismus suchen. Revolutionär und keine Einheitsfront mit der Reaktion ist es, wenn die Kommunisten von der Zerstückung der Tributpläne in derselben kriegerischen Tonart schreiben wie die Nationalisten, aber sozialfaschistisch ist es, wenn die SPD, im republikanisch organisierten Proletariat anderer Konfessionen den Arbeitsbruder sucht, den man mit den sozialistischen in eine Front gegen die kapitalistische Reaktion bringen muß.

Proletarisch-sozialistisch ist es, wenn die SPD, wilde Militaristen wie Leutnant Scheringer und Wendi mit nationalsozialistischen Tiraden auf die Arbeiter losläßt, proletarisch handelt Madef, als er mit dem päpstlichen Grafen Reventow ein nationalsozialistisch-kommunistisches Bündnis herzustellen suchte und beide Teile gelegentlich Reichshammerleute überfiel. Aber „Verrat an der Arbeiter-

schaft“ bleibt es, wenn Reichsbanner, SPD, und Gewerkschaften mit republikanischen, antikapitalistischen Arbeitern gegen die Nazisuche zusammengehen. Proletarisch ist es, wenn der rechte Arm in Arm mit Stahlhelm, Augenberg und Nazis gegen die republikanische Regierung Braun anzustürmen, in Sachsen mit Klinger und Deutschenationalen den Volksentscheid gegen die Regierung Schick zu erzwingen, trotzdem eine Naziregierung droht. Revolutionär ist es, wenn sich heute in Italien 3 (drei!) kommunistische Sektoren befinden, während alle anderen antifaschistischen Gruppen gegen Mussolinis Schreckensherrschaft gemeinsam kämpfen. Revolutionär war es, als die Kommunisten einen Matteotti als reformistischen Verräter beschimpften, denselben Matteotti, der im Kampfe gegen Mussolini seinen Mann bis zum Tode stand und den Faschisten als der Gefährlichste erdient. — Das alles war und ist für die Kommunisten proletarisch und revolutionär.

Phrasendrescher und konterrevolutionäre Spieker nennt Trotski die deutschen Kommunisten. „Herr Trotski!“ fragen Thälmanns Presselakaien, „was istert uns der dürgeliche Herr Trotski?“ Denn es ist auch proletarisch-revolutionär, den Schöpfer der russischen Roten Armee zu beschimpfen, den Mann, der mit seinen Stoktruppen 1917 die bolschewistische Revolution vorbereitete und ihren Sieg entschied, den Mann, der die weihgardistische Revolution niederschlug. Es ist „proletarisch-revolutionär“ geworden, diesen edelsten aller Revolutionäre zu beschimpfen, weil er in Rußland das Mitrederecht der organisierten bolschewistischen Arbeiter als Gegengewicht gegen bürokratische Korruptionsercheinungen forderte.

Genossen, Arbeiter, wenn ihr jetzt noch nicht daran glaubt, daß nur die SPD, als echte Vertreterin proletarischer, revolutionärer Politik zu gelten hat — dann ist euch nicht mehr zu helfen. Leo Luz